

Tierschützer Kessler rechtfertigt Gewalt

Zürich. – Erwin Kessler, der Präsident des Vereins gegen Tierfabriken, vergleicht die Schweiz, was die «Massenverbrechen an Versuchstieren» anbelangt, mit Nazi-Deutschland. Seite 2

← Frontseite

Seite 2
↓



BILD KEYSTONE

Tierschützer Erwin Kessler.



BILD EPA/KEYSTONE

Das Tiroler Ferienhaus von Daniel Vasella ging am 3. August in Flammen auf.

Verein gegen Tierfabriken zeigt «Verständnis» für militante Aktionen

Der Tierschützer Erwin Kessler provoziert auf seiner Homepage mit einem Nazi-Vergleich. Gewalttätiges Vorgehen als «Ultima Ratio» dürfe nicht verwundern.

Von **Maurice Thiriet**

Der Verein gegen Tierfabriken (VgT) hat sich im Nachgang zu den Anschlägen gegen Novartis-CEO Daniel Vasella erneut zu militanten und gewalttätigen Methoden im Kampf gegen Tierversuche geäußert. Auf der Homepage des Vereins nimmt Präsident Erwin Kessler Bezug auf einen Beitrag des deutschen Zoologen Winfried Ahne. Dieser verurteilte in der «Weltwoche» militante Attacken, weil niemand das

Recht habe, «gegen Gesetze zu verstossen, um seine Ideologien zu verwirklichen».

Kessler erinnert in seiner Verlautbarung an die Hitler-Attentäter als «Helden», die ebenfalls versucht hätten, «Massenverbrechen gewaltsam ein Ende zu setzen». Weiter bezeichnet Kessler die «gewaltfreie Opposition gegen das Massenverbrechen an den Versuchstieren» als «völlig wirkungslos», wie auch die Opposition im rechtsstaatlich erlaubten Rahmen in Nazi-Deutschland «unwirksam» war.

Für Kessler ist der Vergleich der hiesigen rechtsstaatlichen Verhältnisse mit denjenigen in Nazi-Deutschland zulässig. «Formell ist die Schweiz eine Demokratie, aber, was den Tierschutz anbelangt, meiner Erfahrung nach kein funktionierender Rechtsstaat», sagt Kessler. Und: «Ich habe Verständnis für die Täter. Das Massenunrecht des Tierversuchs ist in unserer Gesellschaft gesetzlich legitimiert. Auch die

Gräuel der Nazi-Herrschaft waren gesetzeskonform. Man muss sich also nicht wundern, wenn Leute zum Mittel der Gewalt als Ultima Ratio greifen, wenn die rechtsstaatlichen Mittel wirkungslos sind», sagt Kessler.

Sandra Meier, Sprecherin des Verbandes forschender Pharmaunternehmen (Interpharma), zeigt sich «schockiert über die Verharmlosung des Extremismus» und bezeichnet Kesslers Äusserungen als «wirre, abstruse Anwürfe». Meier betont die Wirksamkeit der Schweizer Tierschutzgesetzgebung, die entgegen den Behauptungen Kesslers greife. Die Pharmaindustrie habe die Zahl der Tierversuche in 20 Jahren um über die Hälfte gesenkt. «Dies geschah nicht unter dem Druck von Bedrohungen und Brandanschlägen, sondern aufgrund eines steten Dialogs und in gesetzeskonformer, demokratischer Ausmar-